

Die Aufgabenstellung lautete: "Wer ist wer?" und nicht "jeder Andersdenkende ist ein Feind der DDR". Es galt immer gewissenhaft zu prüfen, aus welchem Grunde hat dieser oder jeder eine andere Meinung. Etwa aus Verärgerung, aus falscher Behandlung, falscher Sicht, aus dem Einfluß imperialistischer Medien oder etwa aus Verbindungen zu ausländischen Diplomaten oder Geheimdiensten. So einfach, einseitig, undifferenziert, wie es sich heute manche, auch ehemalige Funktionäre, machen, war es für die Mitarbeiter in dieser Frage nicht.

Andersdenken war kein Paragraph im Strafgesetzbuch. Konkrete Handlungen gegen den Staat wurden in den Paragraphen des Strafgesetzbuches festgehalten. Falsch war grundsätzlich, daß dem MfS die an sich politische Aufgabe übertragen wurde, mit Andersdenkenden zu diskutieren und ihre Einwände zu prüfen. Diese Aufgabe hätte durch die Partei, die Blockparteien, die nationale Front, die Massenorganisationen oder durch den Staatsapparat gelöst werden müssen.

Nicht wenige Bemühungen zur Klärung von Fragen Andersdenkender - ob zur Wirtschaft, zur Ökologie, zum Umweltschutz u.a. - wurden erst durch unsere Mitarbeiter in Gang gebracht, indem sie - auch mit Hilfe von Inoffiziellen Mitarbeitern oder Offizieren im besonderen Einsatz (OibE) - parteiliche und staatliche Stellen sowie gesellschaftliche Organisationen darauf aufmerksam machten und um Lösungen baten und zugleich nicht selten Vorschläge unterbreiteten.

### **Seele und Gewissen des Pfarrers Eppelmann**

Einer der bekanntesten Andersdenkenden zu DDR-Zeiten war Pfarrer Eppelmann. Ich habe damals meinen Genossen in gutem Glauben erklärt, daß es eine richtige zentrale Entscheidung sei, Pfarrer Eppelmann nach kurzzeitiger Inhaftierung wieder zu entlassen, um aus ihm keinen Märtyrer zu machen. Heute entschuldige ich mich bei meinen Genossen dafür. Nun meine ich nicht, Eppelmann habe etwa die DDR zum Einsturz gebracht. Aber seine Seele und sein Gewissen zeigen sich einerseits in der von ihm sehr vehement vertretenen Forderung zu DDR-Zeiten, "Schwerter zu Pflugscharen" umzuschmieden sowie der als Verteidigungs- und Abrüstungsminister der letzten DDR-Regierung vollzogenen faktischen Auflösung der NVA und andererseits in seiner Zustimmung als Bundestagsabgeordneter zum Bau des "Jäger 90", obwohl selbst vier seiner CDU-Abgeordnetenkollegen dagegen stimmten. Seit er im Bonner Diätenselbstbedienungsladen sitzt, hört man von ihm kein Wort mehr über Abrüstung oder "Schwerter zu Pflugscharen".

Als Vorsitzender der Enquetekommission des Bundestages behauptet er, "die DDR sei kein mitteleuropäischer Staat gewesen" und fordert die "Ausgrenzung ehemaliger staatsnaher DDR-Bürger". Eine schöne, neue